

**Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 18.06.2009**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister David      Vorsitzender

CDU

Herr Dr. Annecke

Herr Helling

Herr Dr. Zillies

SPD

Frau Biermann

Herr Grube      (für Herrn Fortmeier)

Herr Hamann

Herr Sternbacher

Herr Clausen

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage      (für Frau Dr. Schulze)

Herr Rees

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann      (beratendes Mitglied)

Die Linke

Frau Schmidt      (beratendes Mitglied)

Nicht anwesend:

Herr Lux, CDU

Herr Nettelstroth, CDU

Herr Fortmeier, SPD

Frau Dr. Schulze, Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schmelz, Bürgernähe (beratendes Mitglied)

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 09.06.2009 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Zur Tagesordnung fasst der Hauptausschuss folgenden

### B e s c h l u s s:

**Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.06.2009 zum Streik der kommunalen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bzw. Erzieherinnen und Erzieher (Drucksache 7120) wird unter TOP 3.1 auf die Tagesordnung gesetzt.**

- einstimmig beschlossen -

---

Zu Punkt 1

### Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1

### Genehmigung der Niederschrift über die 56. Sitzung am 23.04.2009

### B e s c h l u s s:

**Die Niederschrift über die 56. Sitzung des Hauptausschusses am 23.04.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

Zu Punkt 1.2

### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 57. Sitzung des Hauptausschusses am 07.05.2009

### B e s c h l u s s:

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 57. Sitzung des Hauptausschusses am 07.05.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 1.3**

**Genehmigung der Niederschrift über die 58. Sitzung am 14.05.2009**

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über die 58. Sitzung des Hauptausschusses am 14.05.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2**

**Mitteilungen**

**Errichtung und Finanzierung eines Bioinnovationszentrums in Bielefeld**

Herr Oberbürgermeister David weist darauf hin, dass der Rat in seiner Sitzung im März die Errichtung eines Bioinnovationszentrums im Rahmen der strategischen Wirtschaftsförderung als wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Standortes Bielefeld und zur Förderung von Unternehmensgründungen im zukunftsweisenden innovativen Feld der Biotechnologie ausdrücklich begrüßt habe. Die WEGE mbH sei daraufhin gebeten worden, Fördermittel in Höhe von 90 % für das voraussichtliche Gesamtinvestitionsvolumen von 18,2 Mio. € aus dem Regionalen Wirtschaftsförderprogramm des Landes (GA-Mittel) zu beantragen.

Nach der Beschlussfassung im Rat habe die WEGE mbH gemeinsam mit der Bezirksregierung Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium NRW geführt. Nach diesen Gesprächen stelle sich die Sachlage nunmehr wie folgt dar:

1. Mit einer finanziellen Förderung durch das Land sei in 2009 nicht mehr zu rechnen, da der Fördertopf „GA-Mittel“ für 2009 bereits ausgeschöpft sei und auch für das Jahr 2010 in erheblichem Umfang Verpflichtungsermächtigungen bestünden.
2. Darüber hinaus bestehe das Land NRW darauf, dass das geplante Bioinnovationszentrum an dem für das 3. Quartal 2009 geplanten Wettbewerb des Landes zur Leitbranche „Biotechnologie“ teilnehmen solle. Dieses Argument sei gegenüber der WEGE mbH im Vorfeld bis dahin nicht erwähnt worden.
3. Das Wirtschaftsministerium sei aber bereit, die grundsätzliche Förderfähigkeit des geplanten Bioinnovationszentrums anzuerkennen. Die entsprechenden finanziellen Mittel für die Jahre 2011 und 2012 sollen im Haushalt des Landes „reserviert“ werden, eine Anfinanzierung könne noch in 2010 erfolgen.
4. Der bisherige Standort Kurt-Schumacher-Straße / Voltmannstraße komme allerdings nicht mehr zum Zuge. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW sei aber bereit, eine entsprechende Fläche im Bereich der Straße Morgenbreite zu verkaufen. Die genauen finanziellen Konsequenzen hieraus würden derzeit noch geprüft werden.

Herr Oberbürgermeister David sichert abschließend zu, die politischen Gremien zeitgerecht über die notwendige Mittelbereitstellung zeitgerecht zu informieren.

-:-

Zu Punkt 3

### Anfragen

Zu Punkt 3.1

### Streik der kommunalen Sozialarbeiter/-innen und Erzieher/-innen (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.06.2009)

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7120/2004-2009

#### Text der Anfrage:

*Was unternimmt der Oberbürgermeister für die Stadt Bielefeld zur schnellen Beendigung des derzeitigen Streiks der kommunalen Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste für bessere Bezahlung und betriebliche Gesundheitsförderung?*

Im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage führt Herr Oberbürgermeister David aus, dass der derzeitige Streik die Beschäftigten des gesamten Sozial- und Erziehungsdienstes betreffe, aber hauptsächlich die Kindertagesstätten treffe. Während sich die Anzahl der streikenden Beschäftigten der städtischen Kindertagesstätten auf einem Niveau von rd. 68 % befinde, belaufe sich die Streikbereitschaft der anderen Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes auf einem sehr niedrigen Level. Damit seien von dem Streik hauptsächlich die betreuten Kinder und deren Eltern betroffen.

Herr Oberbürgermeister David betont, dass ihm dies große Sorge bereite, da er sich gut vorstellen könne, vor welchen Problemen die betroffenen Familien nunmehr stünden. Insofern sei es seit Beginn des Streiks sein Hauptaugenmerk, die Auswirkungen für die betroffenen Familien so gering wie möglich zu halten. Sicherlich wäre es optimal, wenn in allen Kindertagesstätten auch während des Streiks ein Notdienst für alle Kinder eingerichtet werden könnte, deren Eltern keine andere Betreuungsmöglichkeit finden würden. Da die Gewerkschaft ver.di auf dem Standpunkt stehe, dass die Aufgaben der Kindertagesstätten nicht den Aufgaben zuzuordnen seien, die zwingend den Abschluss von Notdienstvereinbarungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber erforderlich machen würden, sei dies allerdings nicht möglich. Dennoch sei es in Verhandlungen mit ver.di gelungen, für jeden Stadtteil mit städtischen Kindertagesstätten „Auffang-Kindertagesstätten“ einzurichten, in denen alle Kinder des Stadtbezirks betreut würden, deren Eltern mangels Alternativen zwingend auf eine Betreuung angewiesen seien. Seines Wissens hätten diese Einrichtungen bisher kein Kind abweisen müssen, für das während der Streiktage eine Betreuung erbeten worden sei.

Zu der in den letzten Tagen häufig gestellten Frage, wie mit den Eltern-

beitragen während der Streiktage umgegangen werde, führt Herr Oberbürgermeister David aus, dass er nach einer Erörterung im Verwaltungsvorstand zwischenzeitlich entschieden habe, für die Tage, an denen Kinder aufgrund des Streiks nicht in einer Kindertagesstätte (auch nicht in einer „Auffang-Kita“) betreut worden seien, keinen Elternbeitrag zu erheben und auch die Mittagsverpflegung für diese Tage zu erstatten. Er betont, dass diese Entscheidung im Rahmen billigen Ermessens getroffen worden sei und dass keine rechtliche Verpflichtung für die Stadt Bielefeld so zu handeln bestehe. Eine Antragstellung durch die Eltern sei nicht erforderlich.

Zwar wünsche er ebenso wie die betroffenen Eltern eine möglichst baldige Beendigung des Streiks, allerdings achte er auch das Recht der verhandelnden Tarifparteien. Eine Einflussnahme auf deren Regelungskompetenz sei ihm nicht möglich, da er selbst nicht an den Verhandlungen beteiligt sei. Nach wie vor hoffe er jedoch auf den Einigungswillen der am Verhandlungstisch befindlichen Parteien.

Im Rahmen seiner Stellungnahme weist Herr Rees darauf hin, dass der bundesweite Streik für bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst seit rund einem Monat andauere. In Bielefeld seien bisher 12 Streiktage zu verzeichnen gewesen, an denen sich durchschnittlich 250 - 300 Streikende im Wesentlichen aus dem Kindertagesstättenbereich beteiligt hätten. Diese Resonanz zeige, dass zum einen die Streikbereitschaft sehr groß sei, zum anderen aber auch der Leidensdruck sehr hoch sein müsse. Hinsichtlich des Anliegens der Streikenden sei zudem eine breite öffentliche Zustimmung festzustellen. Vor diesem Hintergrund spreche er sich gerade unter Berücksichtigung des in Bielefeld bestehenden breiten politischen Konsenses zur qualitativen Verbesserung der Kinderbetreuung dafür aus, das im Interesse aller Beteiligten liegende Anliegen des Streiks zu unterstützen und ein deutliches Signal in Richtung einer vernünftigen Verständigung der beiden Streikparteien zu geben. Abschließend regt Herr Rees an, die durch den Streik eingesparten Personalkosten zur Finanzierung besserer Vertretungsregelungen in den städtischen Kindertagesstätten einzusetzen.

-.-.-

#### **Zu Punkt 4**

#### **Jahresbericht zur Lage der Bielefelder Wirtschaft im Jahr 2008**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7044/2004-2009

Zu Beginn seiner Ausführungen weist Herr Oberbürgermeister David darauf hin, dass sich der Bericht zur Lage der Bielefelder Wirtschaft 2008 aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise von den letzten Berichten unterscheide. Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise seien nun auch in der Bielefelder Wirtschaft und bei den Beschäftigungsverhältnissen festzustellen. Zum einen in Form von deutlichen Auftrags- und Umsatzrückgängen bei den Unternehmen, zum anderen - wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, aber bereits schon spürbar - in Form eines Rückgangs der Beschäftigung. Dieses zeige sich in der aktuellen Arbeitsamtsstatistik, bei der die Arbeitslosenquote von 10,4 % Ende 2008 auf nunmehr 10,9 % im April 2009 bzw. 10,8 % im Mai 2009 gestiegen sei.

Herr Oberbürgermeister David merkt an, dass der unter Federführung der WEGE und unter Mitwirkung der Fachverwaltungen, Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe erstellte Bericht inhaltliche Neuerungen aufweise. So habe die WEGE in Ergänzung der bestehenden statistischen Kennzahlen einige Wirtschaftsdaten mit Aussagen über spezifische Branchenentwicklungen hinzugefügt, die jährlich fortgeschrieben werden sollen, um auch zukünftig den jeweiligen Zeitverlauf sichtbar werden zu lassen. Auf ein Schwerpunktthema sei in diesem Jahr in Anbetracht der grundsätzlichen Überarbeitung des Berichts verzichtet worden, für 2009 soll jedoch die Zukunftsbranche Biotechnologie zum Schwerpunkt gemacht werden.

Vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise stelle sich die Frage, was die Kommune zur Bewältigung bzw. Flankierung der Krise tun könne. Hier setze die Stadt Bielefeld zum einen auf die positiven Effekte des Konjunkturprogramms und die in diesem Zusammenhang stehenden bereits beschlossenen und noch zu beschließenden Infrastrukturmaßnahmen. Zudem werde gemeinsam mit stark von der Krise betroffenen Unternehmen versucht, Lösungen für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Bielefeld zu finden. Allerdings gebe es auch Grenzen der Einflussnahme und Unterstützung, wenn Unternehmen z. B. gezwungen seien, sich neu zu strukturieren oder sich aus so genannten übergeordneten Gesichtspunkten dafür entscheiden würden, Bielefeld zu verlassen. Die aktuelle Entscheidung der Edeka, Teile der hiesigen Niederlassung in Hamburg zu zentralisieren oder das Beispiel Karstadt würden die Grenzen der kommunalpolitischen Einflussnahme aufzeigen.

Herr Oberbürgermeister David betont, dass die Stadt den Unternehmen allerdings Angebote unterbreiten könnte, die diesen in der Krise möglicherweise nützlich seien. Hierzu zählten Informationen für den Mittelstand, um den Bekanntheitsgrad bestehender Förder- und Finanzierungsprogramme zu erhöhen. IHK, Handwerkskammer, Regionalagentur und WEGE böten entsprechende Informationsveranstaltungen und Beratungen im Zusammenwirken mit Sparkasse, Volksbank, NRW Bank und auch der KfW an. Die REGE und Arbeitplus kümmerten sich sehr engagiert und erfolgreich um beschäftigungspolitische Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen. Darüber hinaus werde weiterhin der Kurs fortgesetzt, Bielefeld als einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zu positionieren, wozu insbesondere auch Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung gehören würden. In diesem Zusammenhang stelle das Zukunftsprojekt Hochschulcampus Bielefeld mit Universität, Fachhochschule und Forschungseinrichtungen einen weiteren Meilenstein dar. Des Weiteren werde konsequent versucht, Fach- und Führungskräfte zu gewinnen, um den Bielefelder Unternehmen weiterhin qualifizierten Nachwuchs zu bieten, der sowohl für den in Bielefeld besonders starken personenbezogenen Dienstleistungssektor wie auch für die technischen Berufe benötigt werde. Die vielfältigen Aktivitäten in 2008 wie die GENIALE, die BINGO-Veranstaltungen oder der Bobby-Car-Solarcup seien Beispiele dafür, wie sich Jugendliche für Technik begeistern ließen.

Abschließend äußert Herr Oberbürgermeister David die Hoffnung, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung vor der Krise dazu beitrage, den dramatischen Konjunkturreinbruch etwas abzufedern und dass die Krise mit der Solidität und Integrität der meisten Bielefelder Unternehmen in

Industrie, Dienstleistung, Handel und Handwerk möglichst gut gemeistert werde.

Frau Meier hebt insbesondere die in dem Jahresbericht 2008 dargestellte spezifische Branchenentwicklung (S. 12 ff. des Berichts) hervor. Der Dienstleistungssektor expandiere weiterhin in Bielefeld; rd. 73 % aller Beschäftigten seien im Dienstleistungssektor tätig, was weit über dem Landes- und dem Bundesdurchschnitt liege.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Flächenverbrauch unterstreicht Herr Bürgermeister Helling, dass die Ansiedlung des Hochschulcampus auf der Fläche an der Langen Lage für ein qualitatives Wirtschaftswachstum dringend erforderlich sei. Eine Überbetonung von Partikularinteressen setze die Zukunftsfähigkeit der Stadt Bielefeld aufs Spiel. Der Vergleich mit anderen Kommunen zeige, dass es in Bielefeld einen dringenden Nachholbedarf gebe. Über die Frage der Geeignetheit von Flächen hinaus müssten auch die vorhandenen Förderinstrumente den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Herr Clausen fragt nach den Gründen, aus denen in der letzten Zeit Betriebe aus Bielefeld weggezogen seien, da daraus ersichtlich werde, welche Kriterien in der Standortauswahl für Unternehmen besonders wichtig seien. Darüber hinaus bittet er um nähere Erläuterungen zu der auf S. 50 des Berichts dargestellten Ausbildungsplatzdichte von 92,5 %. Dies stehe im Widerspruch zu Meldungen, denen zufolge jeder dritte Jugendliche keinen Ausbildungsplatz in dem betrieblichen dualen Ausbildungssystem gefunden habe. Im Übrigen bestätige der Bericht seines Erachtens die einvernehmliche Entscheidung, im Rahmen von Wirtschaftsförderung Leitbranchen in der Stadt besonders zu fördern. Die Frage des Flächenverbrauchs sei sehr ambivalent zu beurteilen. Einerseits stehe er der Zunahme von Flächenversiegelungen kritisch gegenüber, andererseits sehe er aber die Notwendigkeit, bestimmte Flächen zur Stabilisierung und Ausweitung von Wirtschaft und Beschäftigung im gesamtstädtischen Interesse einzusetzen. In diesem Zusammenhang sollte jedoch verstärkt die Reaktivierung von Brachflächen in den Vordergrund treten.

Herr Rees begrüßt die grundsätzliche Überarbeitung des Jahresberichts, da durch die Darstellung von Verlaufsentwicklungen eine bessere Planung ermöglicht werde. Die Konzentration auf Leitbranchen und die Zusammenarbeit in Netzwerken habe sich aus seiner Sicht bewährt. Unter Umständen könnten diese Faktoren dazu führen, dass Bielefeld von den Auswirkungen der gegenwärtigen Konjunkturkrise nicht so stark getroffen werde wie andere Kommunen. Die in dem Bericht genannten Zukunftsfelder erachte er ebenfalls als wichtig; gegebenenfalls sollte hieraus perspektivisch auch eine Leitbranche entwickelt werden. Aus dem Bericht gehe überdies hervor, dass die Gründung des Wissenschaftsbüros eine Erfolgsgeschichte sei, was nicht zuletzt die überregionale Resonanz auf die GENIALE zeige. Da auch seine Fraktion die herausragende Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung für den Standort Bielefeld sehe, trage sie ebenfalls - trotz erheblicher Bedenken hinsichtlich des Flächenverbrauchs - die Ansiedlung des Hochschulcampus auf der Langen Lage mit. Bedenklich seien aus seiner Sicht allerdings die Ausbildungsplatzdichte 2007, die erheblich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liege, sowie die Arbeitslosenquote, die aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise weiter steigen dürfte. Zum Flächenverbrauch be-

tont Herr Rees die Notwendigkeit, Brachflächen zu reaktivieren. Die in dem Bericht aufgeführte Prüfung vorhandener Flächen reiche nicht aus, hier seien weitere Gespräche mit der IHK und weiteren Institutionen erforderlich. Vor der Ausweisung neuer Flächen sei das Hauptaugenmerk auf bereits erschlossene Gebiete, wie z. B. das interkommunale Gewerbegebiet, zu richten. Im Übrigen spreche er sich dafür aus, von Einzelfallentscheidungen abzurücken und eine Strategie für die Inanspruchnahme von Brachflächen sowie für eine verantwortbare weitere Ausweisung neuer Gewerbeflächen zu entwickeln. Abschließend stellt er unter Hinweis auf entsprechende Presseberichterstattungen die Frage, welche Möglichkeiten zur Unterstützung des in Schwierigkeiten befindlichen Patent- und Innovations-Centrums (PIC) bestünden.

Herr Hamann hebt das von der Stadt und ihrer Mehrheitsbeteiligungen im Jahr 2008 realisierte Investitionsvolumen von rd. 248,9 Mio. € hervor (S. 23), das erheblich zur Wirtschaftskraft Bielefelds beigetragen habe. Diese Investitionen seien zu erhalten und auszubauen. Hinsichtlich der Flächenpolitik betont er die Notwendigkeit eines zukunftsweisenden Flächenmanagements. In den letzten drei Jahren habe er gemeinsam mit Herrn Bürgermeister Helling zwei Gebietsentwicklungspläne für Ostwestfalen-Lippe (OWL) entwickelt, die mit 64 Gebietskörperschaften abzustimmen gewesen seien. Jede einzelne Gebietskörperschaft habe Flächenpotentiale aufgrund einer Wachstumserwartung ausgewiesen, die fernab jeglicher Realität seien. Auch wenn Bielefeld in OWL ein Ballungszentrum bleibe, könne davon ausgegangen werden, dass es in Zukunft vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in einigen ländlich strukturierten Bereichen in OWL Kleinstdörfer geben werde. Vor diesem Hintergrund sollte eine nachhaltige Flächenpolitik über die einzelnen Kommunen hinausgehen und die gesamte Region umfassen. Am Beispiel des interkommunalen Gewerbegebietes zeige sich, dass der zukünftige Flächenbedarf langfristig nur im Rahmen eines integrierten Flächenmanagements in der Region zu befriedigen sei. In diesem Zusammenhang fordert Herr Hamann abschließend eine Neuaufstellung der Region OWL, um mit anderen Ballungsräumen in Deutschland konkurrieren zu können. Hierfür sei seiner Auffassung nach eine Gemeindereform erforderlich, die den Kommunen andere räumliche Planungen ermögliche.

Herr Oberbürgermeister David spricht sich ebenfalls für eine großflächige, über die einzelnen Stadtgrenzen hinausgehende Planung aus, weist aber darauf hin, dass dieser Prozess mit großen Schwierigkeiten und Vorbehalten verbunden sein dürfte. Auf die Ausführungen von Herrn Rees eingehend erläutert er, dass in der Regel nicht nach Grundstücken für neue Investoren gesucht werde, sondern nach Erweiterungsflächen für vorhandene Bielefelder Betriebe. So habe z. B. die Firma Goldbeck mangels Erweiterungsflächen in Bielefeld in Hamm ein neues Werk errichtet. Der Forderung nach einer Strategie schließe er sich nicht an, da hierdurch nicht mehr den individuellen Ansprüchen der jeweiligen Unternehmen Rechnung getragen werden könne, was entsprechende Beratungen erheblich erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen würde. Zur Frage der Leitbranchen führt Herr Oberbürgermeister David aus, dass dies das Einvernehmen voraussetze, was die Leitbranchen in Bielefeld seien. Aus seiner Sicht könnte auch die Sparte „Logistik“ eine Leitbranche darstellen.



Herr Beigeordneter Moss erklärt, dass die WEGE mbH um jeden Arbeitsplatz in Bielefeld kämpfe. Auch wenn hierbei Kompromisse eingegangen werden müssten, dürfe dies nicht zu einem „Kampf um jeden Preis“ führen. Der Umstand, dass die Firma Goldbeck in Hamm ein neues Werk errichtet habe, liege zum einen daran, dass die benötigte Fläche nicht zeitnah zur Verfügung gestanden hätte, zum anderen aber auch daran, dass die Belieferungssituation der Firma in Bielefeld nicht hätte gewährleistet werden können. Bei der anderen aus dem Stadtgebiet abgewanderten Kugellagerfirma seien die Umstände des Wegzugs nicht von der Stadt Bielefeld zu vertreten gewesen. Abschließend schlägt Herr Beigeordneter Moss vor, mit dem Hauptausschuss eine Betriebsbesichtigung bei der Firma Parker Hannifin zu unternehmen, um Einblicke in die Betriebsabläufe gewinnen zu können und gegebenenfalls bestehende Vorurteile abzubauen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass auch das produzierende Gewerbe in Bielefeld auf Logistikbetriebe angewiesen sei. Die Bedeutung der Logistikbranche werde auch an dem Logistikpreis des Landes NRW deutlich, den das Land für besonders logistikfreundliche Kommunen ausgelobt habe.

Auf die Frage, ob es standardisierte Anforderungen bei der Gewerbeverlagerung bzw. -verlagerung gebe, führt Frau Meier aus, dass dieser Prozess immer eine Einzelfallbetrachtung erfordere und in der Regel von in der Stadt bereits ansässigen Unternehmen angestoßen werde. Die Kriterien, nach denen sich auswärtige Firmen für den Standort Bielefeld interessieren würden, ließen sich von der Kommune bzw. der Wirtschaftsförderung nicht wirklich beeinflussen. Hauptsächlich seien dies logistische Entscheidungen der Unternehmen aufgrund der zentralen Lage Bielefelds. Hinsichtlich des Bestandes sei die Wirtschaftsförderung aus ihrer Sicht sehr gut aufgestellt, in diesem Zusammenhang werde sehr stark auf den Bereich forschungsnahe und wissenschaftsintensive Dienstleistungen gesetzt. Die Entwicklung der Universität Bielefeld als zunehmend technische und technologieorientierte Universität werde dazu führen, dass auch Bielefeld als Standort für Aus- und Neugründungen immer interessanter werde. Zum PIC erklärt Frau Meier, dass die WEGE mbH nur ein Mitträger sei und dass zurzeit geprüft werde, mit welchen Aufgaben und Perspektiven das Patentzentrum weiter geführt werden könne.

Zur von Herrn Clausen angesprochenen Ausbildungssituation verweist Herr Beigeordneter Kähler auf die Ausführungen unter Ziffer 7.2, demzufolge in der Ausbildungsplatzdichte diejenigen Personen nicht berücksichtigt seien, die auf eine berufliche Ausbildung verzichten würden oder dem Arbeitsamt nicht als Lehrstellenbewerber gemeldet seien. Dies seien die Personen, die sich in Weiterbildungs-, Weiterqualifizierungs- und Berufshilfemaßnahmen befänden und demzufolge aus dieser Statistik herausgenommen wären. In diesem Zusammenhang verweist Herr Kähler auf die Darstellungen zur Jugendberufshilfe (S. 33), demzufolge im Schuljahr 2007/2008 1.364 Schülerinnen und Schüler an allen Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Bielefeld beraten worden seien. Daraus werde ersichtlich, dass auch weiterhin ein Bedarf an Ausbildungsplätzen gegeben sei.

Unter Bezugnahme auf entsprechende Presseberichte führt Herr Hamann aus, dass das PIC aufgrund der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise eine Unterfinanzierung von rd. 70.000 € aufweise. Aus seiner Sicht sollte die Verwaltung die Angelegenheit aufgreifen und zu einem

positiven Ergebnis führen, da das PIC die einzige Einrichtung ihrer Art in OWL sei.

Herr Bürgermeister Helling weist darauf hin, dass es sich bei dem PIC um einen Verein handle, der sich bei Unterdeckung auflösen müsste. Insofern bestehe ein dringender Handlungsbedarf, allerdings erwarte er auch sowohl von der Geschäftsführerin wie auch von dem Vorsitzenden des PIC Vorschläge zur Erwirtschaftung möglicher Deckungsbeiträge. Das PIC sei ein Dienstleister für die ostwestfälische Wirtschaft, der dringend benötigt werde, da die nächsten Patentzentren in Dortmund, Hannover und Kassel lägen. Er erinnert daran, dass das PIC mit Landesmitteln eingerichtet worden sei und dass nach Auslaufen der Landesförderung im Jahr 2003 der Verein gegründet worden sei.

Herr Buschmann unterstützt den Appell, weist aber darauf hin, dass das PIC einen Weg gewählt habe, der nicht mit dem anderer Patentzentren vergleichbar sei, da es nicht - wie die 29 übrigen Einrichtungen in Deutschland - den Weg über die Hochschulen, sondern über die Wirtschaft gegangen sei. Von daher sehe er durchaus auch die Kammern und die IHK in der Verantwortung. Unter Umständen bestünde seitens der Universität die Bereitschaft zur Unterstützung. Herr Buschmann betont, dass er die ursprüngliche Entscheidung des PIC grundsätzlich für richtig erachte, allerdings vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und des Wegfalls von Großkunden nun nach einer neuen Ausrichtung gesucht werden sollte.

Herr Rees schließt sich den Ausführungen an und plädiert ebenfalls dafür, Mittel und Wege zum Erhalt des PIC zu finden. Aus seiner Sicht habe das Patentzentrum gerade für Neugründer eine wichtige Funktion, so dass sich auch dort neue Kooperationsmöglichkeiten ergeben könnten. Er stimme Herrn Bürgermeister Helling zu, dass das PIC über die mögliche Unterstützung von Stadt und Wirtschaft hinaus ebenfalls einen Beitrag zum eigenen Fortbestand leisten müsse.

**Der Hauptausschuss nimmt den beiliegenden Bericht zur Lage der Bielefelder Wirtschaft im Jahr 2008 zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 5**

**Änderung der Allgemeinen Grundsätze über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bielefeld (Vergabegrundsätze)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7077/2004-2009

Auf Nachfrage von Frau Schmidt bestätigen Herr Oberbürgermeister David sowie Herr Stadtkämmerer Löseke, dass die in der Anlage 2 zur Vorlage dargestellten Änderungen der Vergabegrundsätze der Stadt Bielefeld zeitlich und inhaltlich ausschließlich auf Maßnahmen des Konjunkturpaketes II begrenzt seien.

Herr Beigeordneter Moss ergänzt, dass sich die beabsichtigten Änderungen nur auf die gemeindlichen Verfahrensregelungen erstrecken würden, die Festsetzungen der VOB, der VOL sowie der VOF blieben hiervon

unberührt.

### **B e s c h l u s s:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**Die Allgemeinen Grundsätze über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bielefeld (Vergabegrundsätze) vom 08.09.1988, zuletzt geändert mit Ratsbeschluss vom 19.02.2009, werden für Maßnahmen des Konjunkturpaketes II wie in der Anlage 2 dargestellt geändert.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

### **1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage "Stadthalle Bielefeld" vom 27.06.2008**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6895/2004-2009/1

Auf Nachfrage von Herrn Clausen erklärt Herr Beigeordneter Kähler, dass es keine zu § 3 Abs. 2 Buchst. e der Satzung (generelles Verbot des Konsumierens von Alkohol) vergleichbare Regelung für andere Grünanlagen oder -flächen in der Stadt gebe. Auf den Hinweis von Herrn Clausen, dass Ziel der Regelung sei, durch ordnungsbehördliche Maßnahmen bestimmten Personen den Aufenthalt in der Grünanlage an der Stadthalle zu verbieten, räumt Herr Beigeordneter Kähler ein, dass die Satzung eine Rechtsgrundlage für das Aussprechen von Platzverweisen biete. Allerdings würden auch gleichzeitig die sozialen Angebote ausgeweitet werden.

Frau Beigeordnete Ritschel bestätigt die Zulässigkeit der Regelung, durch die das Konsumieren von Alkohol in der speziell für die Grünanlage an der Stadthalle aufgestellten Satzung verboten werde. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass es vorliegend nur um eine rechtliche Klarstellung gehe, da in einem Einzelfall das ordnungsbehördliche Handeln nicht vom Amtsgericht Bielefeld nachvollzogen worden sei. Die grundsätzliche Diskussion um das Verbot des Konsumierens von Alkohol sei bereits im Rahmen der Verabschiedung der Satzung in 2008 geführt worden.

Frau Schmidt führt aus, dass durch die Regelung bestimmte Personen aus der Grünanlage vertrieben würden. Dieses stelle aus ihrer Sicht eine Ungleichbehandlung dar, die sie nicht akzeptieren könne, nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich um einen Lebensraum von Menschen handele, die in der Stadt zu Hause seien. Die Regelung trage nicht zu einer Verbesserung der Situation bei, sondern werde allenfalls zu einer Verlagerung des Problems führen.

Frau Rathsmann-Kronshage wundert sich über den Verlauf der Diskussion, da die grundsätzliche Debatte bereits vor einem Jahr unter Einbeziehung mehrerer Gremien geführt worden sei. Die Satzung sei ausdrücklich in ein Paket von unterstützenden sozialen Maßnahmen eingebettet worden, deren Effizienz nachzuhalten sei. Sie betont, dass durch die Sat-

zung keine Verdrängung von Personen stattfinden solle, sondern dass dadurch nur der Aufenthalt in der Grünanlage geregelt werde. Der öffentliche Raum an der Stadthalle stehe der gesamten Bevölkerung zur Verfügung und insofern sei nachvollziehbar, dass sich Bürgerinnen und Bürger in der Nutzung der Grünanlage durch die lagernden und Alkohol konsumierenden Personen beeinträchtigt fühlten.

Herr Hamann erklärt, dass die soziale Problemstellung nicht ordnungspolitisch gelöst werden könne. Die Verwaltung habe erhebliche Anstrengungen unternommen, dem betroffenen Personenkreis durch entsprechende Angebote zu helfen. Er äußert die Befürchtung, dass die Regelung eine gewisse Dynamik entwickle und möglicherweise Bürgerinnen und Bürger einen vergleichbaren Regelungsgehalt für ihren Wohnbereich einklagen könnten.

Herr Beigeordneter Kähler erläutert, dass der Begriff „Ungleichbehandlung“ nicht zutrefte, da die ausschließlich für diese Grünanlage bestehende Regelung für alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihres sozialen Status gelten würde. Bereits im Rahmen der Diskussion im letzten Jahr hätte dahingehend Einvernehmen bestanden, dass durch die Satzung keine sozialen Probleme gelöst würden. Auf der Grundlage diverser Abstimmungsgespräche seien Konzepte entwickelt und bestehende Hilfsangebote erweitert worden, um die betroffenen Personen sozial zu begleiten. Die Statistik der Drogenberatung zeige eine erheblich gestiegene Inanspruchnahme der dort vorhandenen Angebote. Entsprechendes gelte für andere Angebote, auch wenn sicherlich zu prüfen sein werde, ob und inwieweit diese unter Umständen ausgeweitet werden müssten. Sicherlich erforderten soziale Problemlagen in einem großstädtischen Raum ein gewisses Maß an Toleranz, allerdings müsse hier auch Toleranz im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bielefeld geübt werden.

### **B e s c h l u s s:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom 27.06.2008 laut Anlage zur Vorlage.**

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

### **Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 64.000 € im Rahmen der Pandemieplanung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6996/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

### **B e s c h l u s s:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**Der Rat der Stadt beschließt die Nachbewilligung (außerordentlicher Aufwand) von 64.000,00 € bei PSP – Element 11.02.15.05 – Krisenmanagement –**

**Deckung: Minderaufwand in gleicher Höhe bei PSP – Element 11.16.01.03 – Sachkonto 55160000 (Kredite und Schuldendienste, Zinsen äußere Kassenkredite)**

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

**Zu Punkt 8**

**Umwandlung der Alarmübertragungsanlage der Feuerwehr Bielefeld in einen Konzessionsbetrieb**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7009/2004-2009

**Der Hauptausschuss nimmt die Informationsvorlage über die Umwandlung der Alarmübertragungsanlage der Feuerwehr Bielefeld in einen Konzessionsbetrieb zur Kenntnis.**

-:-:-